

Christlich- soziale Signaturen: Grundlagen einer politischen Debatte

Bettina Rausch; Simon Varga (Hg.) - edition noir

1. Eine umfassende Diskussion

Die politische Kultur unseres Landes zeichnet sich nicht gerade durch fundierte Diskussionen über politische Grundsatzfragen aus. Es ist daher durchaus erfreulich, dass die Präsidentin der Politischen Akademie, Bettina Rausch, zusammen mit Simon Varga, Dozent an der Universität Wien, den Sammelband „Christlich- soziale Signaturen: Grundlagen einer politischen Debatte“ herausgebracht haben, um der „neuen ÖVP“ Orientierung zu geben und um „unterschiedliche Zugänge zu einem wertbasierten Politikverständnis zu vermitteln“.

22 Autoren, durchwegs aus dem universitären Bereich, behandeln Themen wie „Werte, Demokratie und christlicher Glaube: ein praktisch- theologischer Zugang aus katholischer Sicht“ (Regina Polak); oder „Der christliche Mensch und das Politische: Christsein und Politik“ (Clemens Sedmak); „Eigenverantwortung in christlich- sozialer Perspektive“ (Manfred Prisching) sowie theologische und philosophische Fragen, wobei auch Nachwuchswissenschaftler Beiträge geschrieben haben.

Bettina Rausch zeigt in ihrem Beitrag die Grundprinzipien auf, welche die katholische Soziallehre prägen. Das Prinzip der Personalität, wonach jeder Mensch als Abbild Gottes dieselbe Würde besitzt; das Prinzip des Gemeinwohls, das eine „transzendente Zielsetzung“ verfolgt und nicht auf bloße „sozioökonomische Kennzahlen verkürzt werden kann“. Das dritte Grundprinzip, die Subsidiarität, setzt Eigenverantwortung vor staatliches Handeln. Und letztlich kommt das Prinzip der Solidarität in der wechselseitigen Abhängigkeit des Einzelnen und der Gemeinschaft zum Ausdruck.

Entspricht die Darlegung dieser Grundprinzipien durchaus der traditionellen Lehre, so stellt Bettina Rausch mit ihrer Feststellung „die katholische Soziallehre bejaht das kapitalistische System“ eine neue These auf. Denn schon die Sozialenzyklika „Rerum novarum“ (1891) von Papst Leo XIII. hat sich gegen den Kapitalismus genauso gewandt wie gegen den Sozialismus und eben einen „Dritten Weg“ aufgezeigt.

Rudolf Mitlöhner, Mag. Theol und Journalist zitiert in seinem Beitrag „Politik und Journalismus als zwei Seiten einer Medaille“ Claus Raidl mit dem Satz „Es gibt keinen katholischen Stahlpreis“ und schließt daraus, dass man eher von einem „Journalismus aus christlicher Verantwortung“ als von einem „christlichen Journalismus“ sprechen soll. Claus Raidl ist jedenfalls in einem größeren Zusammenhang zu sehen: wenn er in einem interessanten Streitgespräch mit P. Johannes Schasching betont, dass ein Unternehmen auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sein soll, dann sagt er gleichzeitig, dass dies im Rahmen der Gesetze geschehen muss. Und diese können sozial oder unsozial sein, die Menschenrechte in Betrieb oder den Umweltschutz respektieren oder nicht, womit das Management eines Betriebes durchaus in ein Wertesystem eingebunden wird. Und wenn Mitlöhner die These vertritt, dass sich christlicher Überzeugung und liberaler Rechtsstaat miteinander vertragen, dann stimmt das insofern, als dass christliche Werte liberal interpretiert werden können. Das tut er, wenn er schreibt: „es gibt also keine christliche und auch keine katholische oder protestantische Standort- Bildungs- oder Familienpolitik“. Das ist eine liberale Sicht der Dinge. Wie aber die massiven Kämpfe um die von Österreich 1855 oder 1933 abgeschlossenen Konkordate zeigen, haben das manche Katholiken, aber auch Liberale, anders gesehen.

Die „Signaturen“ wollen offensichtlich zur Diskussion einladen, was durchaus gelingt. Wenn aber Martin Rhonheimer die These vertritt, eine „Politik für den Menschen“ braucht weder „christlich“ noch „sozial“ zu sein, wäre es interessant gewesen, sich damit direkt auseinanderzusetzen.

2. „Türkis“-eine geschichtslose Bewegung?

Unverständlich ist es, dass sich bei der Vielzahl der Beiträge nicht zumindest einer damit befasst, welchen Stellenwert die katholische Soziallehre in Österreich hatte und was christlich- soziale Politik, vertreten durch die „alte ÖVP“ tatsächlich bewirkt hat. Immerhin wurden schon zu Beginn der Zweiten Republik, als die ÖVP, zwar in Koalition mit der SPÖ, im Nationalrat die absolute Mehrheit hatte, nicht nur entscheidende Sozialgesetze beschlossen (betreffend die Arbeitslosenfürsorge, den Arbeiterurlaub, den Wohnhaus- Wiederaufbau etc.), es wurden die Grundlagen dafür gelegt, dass der Wohlfahrtsstaat akzeptiert und ausgebaut wurde. Dies war vor allem auch deshalb möglich, weil sich der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB) schon in seinem Grundsatzprogramm von 1946 die „Verwirklichung der christlichen Soziallehre in allen Bereichen der Gesellschaft“ zum Ziel gesetzt hatte.

Es gab eine Vielzahl von Institutionen und Publikationen, die diesem Ziele dienten: das „Institut für Sozialpolitik und Sozialreform“ behandelte in seinen Veranstaltungen und in seiner Schriftenreihe die „sozialen Grundrechte“ genauso wie die „Pensionsdynamik“ oder den „Eigentumsbegriff aus der Sicht der katholischen Soziallehre“. In den „Gesellschaftspolitischen Informationen“, einer Schriftenreihe des ÖAAB, schrieben Rudolf Jettmar über die „Eigentumspolitik“, Maria Hampel Fuchs über „Die Frau im Beruf“; die „Welt der Arbeit in der österreichischen Literatur der Gegenwart“ wurde genauso behandelt wie die Frage „Brauchen wir ein neues Lernen?“.

Aus den Reihen des ÖAAB kamen hervorragende Sozialpolitiker, wie Karl Kummer, Ludwig Reichold oder Walter Schwimmer. Die erste Frau als Sozialministerin, Grete Rehor, kam von den Christlichen Gewerkschaftern. Man setzte sich sehr ernst mit der Frage auseinander, was „christlich-sozial“ in der modernen Industriegesellschaft bedeutet und versuchte, die eigene Politik entsprechend auszurichten. Alfred Klose gab eine „Katholische Soziallehre- ihr Anspruch und ihre Aktualität“ heraus; Theodor Tomandl behandelte den „Einfluss des katholischen Denkens auf das positive Recht“. Diese Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Es ist daher schade, dass die „Signaturen“ diese Epoche nicht erwähnen.

3. Was wird von der Politik umgesetzt?

Wenn sich die „Signaturen“ als eine Orientierung für eine wertebasierte Politik der „neuen ÖVP“ verstehen, wäre es auch interessant zu erfahren, was von „Türkis“ in diesem Sinne bereits verwirklicht wurde. Dies insbesondere auch deshalb, weil in den verschiedenen Beiträgen Mängel aufgezeigt werden, die „von der Politik“ behoben werden sollten. So schreibt Bettina Rausch, dass es unsozial ist, wenn der Mittelstand in Österreich knapp 42 % der Lohn- und Einkommensteuer entrichten muss; dass die „gesellschaftliche Durchlässigkeit in Österreich erschreckend gering ist“.

Angesichts dieser und vieler anderer Anregungen wäre es interessant zu erfahren, was „Türkis“ tatsächlich unternimmt, um Verbesserungen herbeizuführen. Zumindest in einem Kapitel hätte man darstellen können, wie weit sich „Türkis“ von christlich-sozialen Ideen leiten lässt, etwa in der Europapolitik, bei der Flüchtlingspolitik, oder bei der Sozial- und Gesellschaftspolitik.

So sehr also die „Christlich-sozialen Signaturen“ ihrem Anspruch, eine Grundlage für eine politische Debatte zu sein, durchaus gerecht werden, wäre eine Einbeziehung der Entwicklung der Soziallehre in Österreich einerseits, sowie eine Darstellung der konkreten Beispiele hinsichtlich der praktischen Umsetzung in der Gegenwart sehr wertvoll gewesen.

(*) Dr. Wendelin Ettmayer; ehem. Abgeordneter der „alten ÖVP“; Botschafter & Autor;; www.wendelinettmayer.at